Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38/40 Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (etwa 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Einges.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen ferner sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an, für Aufnahme eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Meyer's Confirmanden-Anzüge (fertig und nach Maass)
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

H. Niedenführ — H. Niedenführ
Dresden, Wallstr. 14.
Hauptniederlage der Nähmaschinen- u. Fahrräder-Fabrik vorm. **Seidel & Naumann,** Dresden.

1. Tapeten-Specialgeschäft Dresdens
F. Schade & Co.
Victoriastrasse 2. Telephon I, Nr. 188.

Pragerstr. 11 Dresden. **Eduard Pachtmann** Pragerstr. 11 Dresden.
S. Hoflieferant
Specialität: **Ehrengeschenke, Pracht-Albums, Diplom-Mappen, Wappen, Monogramme** nach besonderen Zeichnungen.
Bestellungen erbitte **nur 11 Pragerstrasse 11.**

Kostüm-Fabrik Max Jacobi Nachf.
Dresden-A., Galeriestrasse 26. Fernspr. I, 389.
Erstes und ältestes Masken-Garderobe-Verleih-Institut
empfiehlt sich für hier und auswärts.
Prompte Effectuirung. Civile Preise.

Vernickelung aller **ärztlicher, zahnärztlicher, thierärztlicher** und **sonstiger Instrumente.**
Fernsprech-Amt I, Nr. 1606. **Otto Büttner, Falkenstrasse 1–3.** Fernsprech-Amt I, Nr. 1606.

Nr. 52. Spiegel: Letzte des Reichstages. Besteuerung von Titeln. Hofnachrichten, General v. Heygendorff. Dienstbotenfrage. Einbrecher Krüger, Gebirgsverein. Meyer's Konversations-Lexikon. Vermuthliche Witterung: Feuchte Luftströmung, wärmer. **Donnerstag, 21. Februar.**

Politisches.

Das „Gehirn der Nation", wie ein Spatzvogel einmal den Reichstag genannt hat, das in der großen Kälte der letzten Tage eingefroren zu sein schien, zeigt einstweilen noch keine Neigung, dem Einfluß der milderen Witterung zu gehorchen und wieder aufzuthauen. Es arbeitet noch immer mit derselben starren Langsamkeit und in der allgemeinen Gedankenöde will sich kein Gebild gestalten. Die Reichsboten ziehen vor sich selber und lassen Pensum Pensum sein. Dagegen hilft kein Drohen und Schelten, am allerwenigsten wenn es von Maximilian Harden kommt, der jüngst eine schwungvolle Philippika gegen das Schwänzen der Volksvertreter losgelassen hatte. Herr Harden schreibt ja für die „Zukunft". Da muß er sich wohl oder übel damit abfinden, daß ihm die „Gegenwart" verschlossen bleibt. „Das" Schwänzen ist übrigens auch noch lange nicht so schlimm wie „die" Schwänzen, die an einem gewissen, heute von allen Seiten scharf unter die Lupe genommenen Geldinstitute in Scene gesetzt werden. Wer diesen gegenüber beide Augen zudrückt, wird keinen Glauben finden, daß seine zur Schau getragene moralische Entrüstung über jenes echt sei. Immerhin ist aber die Schwänzerei im Reichstage ein empfindliches Uebel. Wenn die durchschnittliche Präsenzziffer von 30 Seelen — „Köpfen" kann man nicht gut sagen, da auch von den 30 noch manch' Einer seinen Kopf zu Hause läßt — zur Regel werden sollte, so wäre es wirklich einfacher, den ganzen umständlichen Apparat bis auf Weiteres, das heißt bis die Erwählten des Volkes sich wieder auf ihre Berufspflichten zu besinnen belieben, still stehen zu lassen. Etwaige „Reden" könnten in aller Gemächlichkeit bei der Studirlampe erdacht und in säuberlicher Niederschrift dem Präsidenten des „amtescirenden" Reichstages eingesendet werden. Wenn alle Stränge reißen, bleibt in der That nichts weiter übrig, als den Reichstag ruhig einschlafen zu lassen. Inzwischen bemüht sich aber die Nation krampfhaft, ihr „Gehirn" wach zu erhalten. Die verschiedensten Vorschläge werden laut. Am Ende könnte man ja jeden Abgeordneten, der einen verdächtigen Mangel an geistiger Aufgeweckthheit zeigt, vor der Sitzung einer akupunktatorischen Behandlung unterwerfen. Dies Verfahren wirkt außerordentlich ermunternd, da es in dem kunstgerechten Einstechen von Metallnadeln in den Körper besteht. Das würde also schon helfen. Dazu gehört aber, daß man die Abgeordneten bei der Hand hat, und da hapert es gerade am meisten. Sie kommen einfach nicht, die Erwählten von Volkes Gnaden, und treiben lieber draußen Allotria, anstatt sich im Hause todt zu mopsen. Die Frage ist also: „Wie lockt man die sitzungsscheuen Reichsboten in den Saal?" Die „Köln. V.-Ztg." hat sich das Verdienst erworben, eine sinnreiche Abgeordnetenfalle für diesen Zweck erdacht zu haben. Das Ding sieht äußerlich ganz harmlos aus. Der Speck darin besteht in Diäten, die den Reichsboten gewährt werden sollen, die Falle aber ist die Vorschrift, daß die Diäten persönlich abzuheben sind nach der Sitzung und daß nur Derjenige sie ausgezahlt bekommt, der sich über seine Anwesenheit im Saale auszuweisen vermag. Schwapp! Da sitzen die Schwänzer im Mäusekäfig. Es brauchen also blos Diäten bewilligt zu werden und die Beschlußunfähigkeit des Hauses gehört zu den gewesenen Uebeln. Dann werden sie Alle pünktlich ihren Platz ausfüllen, die jetzt denken: „Warum soll ich mir für mein eigenes Geld nicht lieber das flotte Berlin ansehen, als im reichstäglichen Kollegium schwitzen?" Auch die neue Disziplinarordnung wird dann schwerlich praktisch erprobt werden müssen, da der Hinauszubefördernde seine Diäten für den „verlorenen Tag" natürlich nicht bekommen würde, ja voraussichtlich noch eine weitere Kürzung seiner Bezüge zu gewärtigen hätte. Aus diesen schönen parlamentarischen Zukunftsträumen reißt die schwärmende Phantasie mit erkältender Nüchternheit des Staatsschatzes unerbittlicher Hüter, Herr Dr. Miquel. „Hier wird nichts gegeben," sagt seine gleichmüthig lächelnde Miene und vergebens würde Einer das Herz des preußischen Finanzministers zu erweichen versuchen, wenn es einmal beschlossen hat, ungerührt zu bleiben. Mit den Diäten ist es also vorläufig nichts und damit fallen zugleich die Luftschlösser zusammen, die sich die Freunde eines arbeitsamen Reichstages mit Hilfe eben der Diäten erbaut haben. So lange bei der Diätenlosigkeit die parlamentarische „Arbeitslosigkeit" andauert, ist freilich auch die Gefahr eines Zwischenfalles, der zu der Anwendung der neuen Disziplinarordnung führen könnte, wohl nicht zu befürchten, und das wäre denn wenigstens eine gute Seite des jetzigen Zustandes. Bei Gelegenheit kann es aber doch einmal wieder zu einer heißen Scene kommen, und diese Möglichkeit soll ein findiger Geschäftsmann auszunutzen entschlossen sein, indem er Bezirkbilder unter die Reichsboten vertheilen will mit der Frage: „Wer sind die Ersten?" Bezüglich der Lösung kann nur verrathen werden, daß sie auf den Satz zugespitzt ist: „Wer Ahlwardt) gesagt hat, muß auch B(ö)ckel) sagen." Von Herrn Ahlwardt verlautet übrigens, daß er allen kommenden Eventualitäten mit unerschütterlicher Gemüthsruhe entgegensehe. Das fortwährende Ein- und Ausgeschlossenwerden macht ihm offenbar Vergnügen.

Im preußischen Abgeordnetenhause steckt die Arbeit besser. Die Diäten erweisen sich dort als ein heilsames „Zugpflaster", indem sie die Abgeordneten anziehen. Freilich gilt auch diese Regel nur mit Ausnahmen. Neulich ist es sogar vorgekommen, daß bei der Berathung einer speziell berlinischen Angelegenheit sämmtliche Berliner Abgeordneten durch Abwesenheit glänzten, wofür sie von Herrn Richter ganz exemplarisch ausgerüffelt wurden. Dessenungeachtet wird doch von den preußischen Volksvertretern im Allgemeinen ein gutes Stück Arbeit geleistet und zuweilen werden sogar Töne angeschlagen, die Einem das Herz erfreuen. So war es am Freitag bei der Polendebatte, die dem Minister v. Koller Gelegenheit gab, sich unverblümt über den Standpunkt der Regierung in dieser Frage auszusprechen. Es kann darnach keinem Zweifel unterliegen, daß mit den Grundsätzen der Caprivi'schen Polenpolitik gebrochen und die Germanisirung der polnischen Gebietstheile künftlich weiter geführt werden soll. Diese prinzipielle Zusicherung genügt, um die Besorgnisse wegen einer schwächlichen Haltung der Staatsgewalt gegenüber den polnischen Agitationen zu zerstreuen. Die einzelnen Maßnahmen werden, um erfolgreich zu sein, von einem Geiste geleitet werden müssen, der nicht durch überstürzende Schneidigkeit die vorhandenen Gegensätze in die Gefahr einer plötzlichen Verschärfung bringt, sondern der mit zwar unerbittlicher, aber doch maßvoller Energie die Herrschaft des Deutschthums gegenüber dem Wasserpolakenthum Schritt um Schritt vorwärtsschiebt. Die Dienstagssitzung des Abgeordnetenhauses gehörte dem preußischen Finanzminister und seinem volksparteilichen Schatten, Herrn Eugen Richter. Herr Miquel vertheidigte den neuen preußischen Stempelsteuerentwurf, der den veränderten Verkehrsverhältnissen — das jetzige Gesetz stammt aus dem Jahre 1822 — Rechnung tragen soll. Das hat zugleich den Vortheil, daß einige Millionchen mehr dabei herausspringen. Bei dieser Gelegenheit kam es zu heiteren Auseinandersetzungen über die in dem Entwurf vorgesehene Besteuerung der Titel und ähnlicher „Steuerobjekte". Herr Richter machte zuerst Herrn Miquel sein Kniixchen dafür, daß er sich entschlossen habe, die „Eitelkeit" zu besteuern. Freilich war Herr Miquel dem freisinnigen Bußprediger bei Weitem nicht genug in die Vollen gegangen. Wie der Finanzminister es hätte machen sollen, zeigte Herr Richter ganz genau. Er kletterte wie ein munterer Laubfrosch auf der Leiter der Titulaturen auf und nieder, taxirte Herzöge, Fürsten, (auch solche der Börse), Kommerzienräthe, Kommissionsräthe, Wirkliche, Geheime und Geheimste, Obere und Untere nach ihrem genauen Kurswerthe und wollte sogar die lebenslänglichen Excellenzen besteuert wissen. Nur die Minister, auch Herr v. Bötticher nicht ausgenommen, sollen frei bleiben, offenbar, weil Herr Richter die Hoffnung, daß er selbst noch einmal Minister werden könnte, noch immer nicht aufgegeben hat. Wer weiß! Ist Herrn Richter doch bereits in derselben Sitzung, in der er gegen die Titel eiferte, das Glück zu Theil geworden, daß er selbst einen erhalten hat. Er ist nämlich durch Zwischenruf zum „Negationsrath" ernannt worden. Wie hoch wird der also Geehrte diesen neuen Titel einschätzen? Ohne Zweifel mindestens auf 100,000 Mark, die Summe, die er zu seinem 70. Geburtstage von seinen „dankbaren Freunden" zum Geschenk erhalten hat. Da begreift sich denn freilich, daß Herr Richter die Titulaturtaxe des preußischen Finanzministers, der einen Fürsten nur mit 3000 Mark bewerthet, zu niedrig findet. Vielleicht läßt sich Herr Miquel noch einmal herbei, diese Schmerzen Herrn Richter's zu stillen, indem er die Herzöge, Fürsten, Excellenzen, Räthe und wie die Herren sonst noch heißen mögen, schärfer mit der Steuerzange zwickt. Apropos, wie sagt doch der Dichter? „Der große Mann eilt seiner Zeit voraus, — der Kluge geht ihr nach auf allen Wegen; — der Schlaue beutet sie gehörig aus — und vor der Dummkopf stellt sich ihr entgegen." Das letztere trifft zwar Herrn Richter nicht: denn er ist ein unbestritten kluger Mann. Man sieht aber doch, wie leicht Derjenige als dumm verschrieen wird, der gewisse Schwächen seiner Zeit nicht als Vorzüge erkennen will.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 20. Februar.

Berlin. Reichstag. Der Centrumsantrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes wird nach kurzer Empfehlung durch den Grafen Hompesch mit großer Mehrheit angenommen. — Es folgt zweite Berathung der Anträge betreffend Volksvertretung in den Bundesstaaten. — Mecklenburgischer Bevollmächtigter v. Oertzen tritt den neulichen Ausführungen der Abgeordneten Pachnicke und Richter über die Zustände in Mecklenburg entgegen. Das Reich würde gesetzwidrig verfahren, wenn es durch Annahme eines der Anträge seine Kompetenz erweitern wollte. — Abg. Richter: Das mag ja wohl mecklenburgische Erzweisheit sein, aber sonst hat Niemand, nicht einmal Herr v. Buchka bestritten, daß das Reich verfassungsmäßig berechtigt sei, seine Kompetenz zu erweitern. Herr v. Oertzen hat über diesen Antrag so wottisch gesprochen, wie es am allerwenigsten dem Vertreter eines so in der Kultur zurückgebliebenen Kleinstaates geziemte. (Beifall und Heiterkeit.) Herr v. Oertzen berief sich neulich auf die Zustimmungen, die ihm wegen seiner ersten Rede zu Theil geworden seien. Bei den letzten Reichstagswahlen haben aber nur 23,000 Mecklenburger konservativ, dagegen 67,000 in unserem Sinne gestimmt. Redner wendet sich dann auch gegen die neulichen rühmenden Auslassungen der Abg. Rettich und Rauck über die Zustände in Mecklenburg-Schwerin und Strelitz. Wenn in letzterem nicht so viele uneheliche Kinder geboren würden, wäre es längst ausgestorben. (Große Heiterkeit). Mecklenburg-Strelitz hat sich von Anfang an nie viel aus dem Reiche gemacht. Im Jahre 1866 konnte es sein vereinbartes Kontingent nicht rechtzeitig stellen, weil die Mützenschirme nicht fertig waren. (Große Heiterkeit.) Meine Reden haben schon einmal auf die Strelitzer Verhältnisse zum Reiche Einfluß gehabt. Früher war Strelitz auch im Besitze eines eigenen Heer-Kontingents; für Festungen waren da 5 Thaler ausgeworfen. (Stürmische Heiterkeit.) Das hat sich erst geändert, als ich einmal die Sache hier zur Sprache brachte. Interessant ist es, daß sich neulich ein Vertreter des sächsischen Briefadels so sehr für die feudalen mecklenburgischen Verhältnisse in's Zeug legte, noch mehr als Diejenigen, die die Ahnenprobe abzulegen im Stande sind. Herr v. Frege warf mir dabei auch vor, daß ich vom Fürsten Bismarck nichts weiter zu sagen wüßte, als daß er ein Förderer der Interessenvertretung sei. Nun, ich hatte doch neulich nicht die Aufgabe, die ganze Geschichte des Fürsten Bismarck zu erzählen, meine Aufgabe war nur, zu schildern, welchen Einfluß diese Bismarck'sche Interessenvertretung auf den Parlamentarismus ausgeübt hat und ich kann dem Kaiser nur dafür danken, daß er im Jahre 1890 dieser Interessenwirthschaft ein Ende gemacht hat. (Lebhafter Widerspruch rechts, Beifall links). — Abg. v. Buchka (kons.): Für diese Art, wie Herr Richter die mecklenburgischen Verhältnisse herabgewürdigt hat, fehlt es mir an einem parlamentarischen Ausdruck. Herr v. Frege hat seinen Antrag durch Uebergang zur Tagesordnung lediglich aus Courtoisie zurückgezogen. Die Kompetenz des Reiches bestreite ich nicht und die Nothwendigkeiten des Antrages Pachnicke. Die mecklenburgischen Finanzverhältnisse insbesondere sind durchaus bedrohlich. Wenn Herr Richter von 67,000 Reichstagswählern sprach, die hinter diesen Anträgen ständen, so rechnet er die sozialdemokratischen Wähler mit ein. Die Ziele der Sozialdemokraten gehen aber ganz wo anders hin, als auf eine konstitutionelle Verfassung. — Abg. Pachnicke: Der mecklenburgische Volksstand wird nicht ruhen, ehe er sein Verlangen nach einer konstitutionellen Verfassung erfüllt sieht. Ein dortiger Bauer hat mir gesagt: „Ein einziger mecklenburgischer Adeliger ist uns gefährlicher als hundert Sozialdemokraten." Daß die Verfassungsfrage dort Boden gefaßt hat, beweisen die Volksversammlungen, so namentlich die Rostocker, bei der ein Enthusiasmus herrschte, wie er bei diesem ruhigen Volke sonst nicht zu erwarten ist. Sollte mein Antrag abgelehnt werden, so ist doch unzweifelhaft, daß im mecklenburgischen Lande eine Verfassungsbewegung in Fluß kommt. — Abg. Graf Bernstorff-Uelzen (Welfe): Das Reich ist für diese Angelegenheit nicht kompetent. Um das Reich hierfür kompetent zu machen, würde es erst einer entsprechenden Aenderung der Reichsverfassung benöthigen. Redner vertheidigt weiter die mecklenburgische Rechtspartei gegen eine Bemerkung von Buchka. Wenn eine neulich unwidersprochene Behauptung wahr sei, daß Mitglieder der Rechten gesagt haben: Verträge halten wir wie es uns paßt, und wenn Sie die 1866er Vorgänge nicht für einen Rechtsbruch halten, dann muß man doch sagen, wer so denkt, strebt nur nach dem momentanen, nicht nach dem wirklich dauernden Erfolge. Die vorliegenden Anträge bedeuten jedenfalls einen unzulässigen Eingriff in die Rechte des mecklenburgischen Volkes. — Abg. Singer tritt für den sozialdemokratischen Antrag, namentlich für die Herabsetzung des Alters der Wahlberechtigung und das Stimmrecht der Frauen ein. Wenn Fürsten mit dem 18. Lebensjahre die Regierung selbstständig übernehmen könnten, dürfe man Leuten von 20 Jahren auch zutrauen, zu wissen, wen sie wählen sollen. Die Frauen unterliegen dem Gesetze ebenso wie die Männer und müßten deshalb auch bei der Gesetzgebung mitwirken dürfen. — Abg. Winterer (Elsäßer): Seine Freunde seien mit dem Wahlmodus zum Landesausschuß in Elsaß-Lothringen nicht befriedigt und hätten sich deshalb behufs Abänderung dieses Wahlmodus an den Reichstag gewendet, aber seine Freunde erkennen an, daß in den anderen Bundesstaaten die Verhältnisse anders liegen; sie seien deshalb der Meinung, daß das Reich nicht berechtigt sei, in die inneren Verfassungsverhältnisse der Einzelstaaten einzugreifen und dieselben nach dieser Richtung hin zu bevormunden, sie würden deshalb die vorliegenden Anträge ablehnen. — Mecklenburgischer Bundesbevollmächtigter v. Oertzen: Ich muß Verwahrung einlegen gegen die empörenden allem Anstandsgefühl hohnsprechenden Reden des Abg. Richter. (Stürmische Zurufe. Links: Zur Ordnung! Zur Ordnung!) Präsident v. Levetzow: Ich muß mein lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, daß vom Bundesrathstische soeben Aeußerungen gefallen sind, die mit der Ordnung in diesem Hause nicht in Einklang zu bringen sind. (Lebhafter Beifall links.) — Abg. Dr. Lieber (Centr.) bestreitet nochmals, daß das Reich in dieser Angelegenheit nicht kompetent sei. — Abg. v. Frege bemerkt dem Abg. Richter, er rechne es sich zur Ehre, unter dem Fürsten Bismarck hier im Hause gesessen zu haben, er glaube auch, in allen bürgerlichen Häusern werde diese Auffassung Wiederhall finden. — Abg. Richter: Er habe von dem Fürsten Bismarck überhaupt nur in dem Zusammenhange mit den Angriffen gesprochen, die hier gegen den Parlamentarismus gerichtet worden sind. Im Uebrigen ist es mir neu, daß Herr v. Frege hier unter dem Fürsten Bismarck gestanden haben soll. Ich habe den Reichskanzler nie als Vorgesetzten des Reichstages betrachtet. — Der Antrag Rauck wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Antrag Ancker gegen die der Freisinnigen und Sozialdemokraten und der Antrag Pachnicke gegen die der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Antisemiten und die große Mehrheit der Nationalliberalen abgelehnt. — Es folgt Berathung des Antrages Hitze und Genossen, die Regierung um Erhebungen darüber zu ersuchen, welche Wirkungen die Beschränkung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter in wirthschaftlicher, sanitärer und sittlicher Beziehung, ferner hinsichtlich der Arbeitsleistung, sowie auch betreffs der Arbeitszeit der Arbeiter u. gehabt habe; ferner darüber, inwieweit auch für die Arbeiter eine Beschränkung der Arbeitszeit nothwendig erscheine und inwieweit die Beschäftigung verheiratheter Arbeiterinnen auf Gesundheit und Familienleben einwirke und inwieweit endlich in dieser Beziehung weitere Beschränkungen möglich und nothwendig seien. — Abg. Hitze (Centr.) führt aus: Hinsichtlich der Beschränkung der Arbeitszeit der weiblichen Arbeiter liegen ja nun Erfahrungen vor und diese solle man nun, falls man nicht zu manchesterlich sei, für die Beurtheilung der Frage verwerthen, ob und inwieweit etwa eine Maximal-Arbeitszeit auch für männliche Arbeiter angebracht sei. — Staatssekretär v. Bötticher: Das Ziel des Antragstellers, ein geordnetes Familienleben der Arbeiter, verdient eine Unterstützung. Wir sind auch seinen Wünschen bereits entgegengekommen. Wir haben im vorigen Jahre ein Rundschreiben an die Bezirks-Regierungen erlassen, in welchem Erhebungen über die Materie, die der Antrag Hitze enthält, angeordnet würden. Der von uns vorgeschriebene Fragebogen erschöpft so ziemlich alle Desiderien des Antrages Hitze. Herr Hitze will freilich eine richtige Enquete, bei der sich Jeder soll melden können, der über den Gegenstand Erfahrungen gemacht habe. Aber ich denke, es genügt wohl einstweilen, die partielle Enquete, wie wir sie veranlaßt haben. Eine generelle Enquete, die sich über alle Gewerbezweige erstreckt, empfiehlt sich nicht. Es ist einstweilen genügend, wenn man, wie wir das gethan, diejenigen einzelnen Gewerbezweige herausgreift, bei denen sich besondere Mißstände notorisch herausgestellt haben. — Abg. Schall (kons.) stimmt dem zu. Die Tendenz des Antrages Hitze billige er, lege aber demselben nicht allzuviel Werth bei. Enqueten hätten wir im letzten Jahre reichlich gehabt. — Abg. Möller (nat.-lib.) warnt vor zu raschem Vorgehen, obwohl auch er und seine Freunde die Frauen nach Möglichkeit dem Familienleben erhalten haben möchten. Eine weitere Beschränkung der Arbeitszeit sei aber nur lokal und bei gegebenen Verhältnissen möglich. Bei einer generellen Herabsetzung der Arbeitszeit würde unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Nationen Gefahr laufen. — Das Haus vertagt sich sodann. — Morgen: Tabaksteuergesetz.

Berlin. Das „Armeeverordnungsblatt" veröffentlicht in einer heute ausgegebenen Sondernummer folgenden kaiserlichen Armeebefehl: Mein Heer hat mit Mir einen neuen, schweren Verlust zu beklagen. Aus der Zahl seiner Generalfeldmarschälle schied durch den Tod zu Meinem großen Schmerz Mein theurer

Photographie-Atelier „Anetie"
Garantirt künstlerische Ausführung von Porträts, Gruppen
II Striesener Platz 11, Pferdebahnlinie (gelb).